

Klassiker des politischen Kompromisses, aber, wie der „Sigaro“ es ausdrückt, ein „geduldiger Urobat“ mit der Fähigkeit, nach allen Seiten Verbeugungen zu machen, aber den Beweis der Fähigkeit zu einer klaren, durchdringenden politischen Befreiung hat er erst noch zu erbringen. Gerücht ist in der Diplomatie die Sprache sehr oft dazu da, dass zu verborgen, was man will, aber nicht dazu, zu verbergen, dass man nichts will.

## Das Washingtoner Abkommen auf der 7. Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 25. Mai. In der Volksversammlung der Arbeiterkonferenz ergriff nach den anderen Rednern der deutsche Regierungssprecher Dr. Seig zu dem Bericht von Albert Thomas das Wort zu folgenden Ausführungen: Der Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes enthält eine wertvolle Übersicht über den Stand der Ratifizierungen in den verschiedenen Ländern. Ich bin glücklich, feststellen zu können, dass der Bericht hinsichtlich Deutschlands bereits überholt ist. Vor wenigen Tagen hat der deutsche Reichstag vier Vereinbarungen zugestimmt, deren Ratifizierung in den nächsten Tagen erfolgen soll. Widrige Umstände, insbesondere die mehrmalige Neuwahl zum Reichstag im vorigen Jahr haben verhindert, dass die Ratifizierung durch Deutschland rascher vor sich ging. Wir hoffen aber bald über weitere Fortschritte berichten zu können. In den Ausführungen des Berichtes des Direktors spielt die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens natürlich bei dem Achtstundentag eine besondere Rolle. Das ist natürlich bei dem starken Interesse, das die Arbeiterschaft aller Industrielande an der Lösung dieser Frage zeigt. Die Lage in Deutschland ist auf Seite 200 des Berichtes im wesentlichen aufgetragen. Die in Deutschland zurzeit geltende Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1925 entspricht in allen Punkten dem Vereinabkommen von Washington. Diese Arbeitszeitverordnung ist aber von vornherein nur als eine Notverordnung geschaffen worden, die gegenüber den gesetzlichen allgemeinen Vorschriften und dahin gehenden Verordnungen vom Jahre 1918 gewisse Erleichterungen brachte. Die Notwendigkeit der Belebung der nach dem 1. April Deutschland zu verhängnisvollen Ereignissen des Jahres 1923, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, fast zusammengebrochenen Industrie ist damals in allen deutschen Kreisen anerkannt worden. Von den Möglichkeiten, die die Verordnung vom Jahre 1923 zur Verlängerung der Arbeitszeit bietet, ist im Ganzen nur ein mäßiger Gebrauch gemacht worden. Die Arbeitszeitverlängerungen haben sich durchaus im gleichen Rahmen gehalten wie in den Nachbarländern Deutschlands. Nach Gewerkschaftlichen Erhebungen arbeiten in der Tat über 50 Prozent der Arbeiter nicht länger als 48 Stunden in der Woche. Nur auf einem Gebiete ist eine fühlbare Verschlechterung eingetreten nämlich in den ununterbrochen arbeitenden Feuerbetrieben der großen Eisenindustrie. Hier wurde an Stelle des Systems der Dreischichten das seige der Zweischichten eingeführt, das auch vor Einführung des Achtstundentages in Uebung gewesen war. Allerdings wurden Erleichterungen geschaffen. Insbesondere wurden in den Walzwerken solche Abklärungen eingestellt, dass die Arbeitszeit der Walzwerksarbeiter regelmäßig nicht über acht Stunden beträgt. Während aber ferner in den Walzwerken der Betrieb am Sonntag ruht, waren in Hochfertwerken und in den Kofereien die auch Sonntag durcharbeiten, das Zweischichtensystem als eine zu schwere Belastung der Arbeiter durch eine Verordnung vom 17. 1. 25 durch das Reichsarbeitsministerium nach Zustimmung der Gesamtregierung die Arbeiter der Hochfert- und Kofereien dem besonderen Schutz der geltenden Arbeitszeitverordnung unterstellt, sodass seit 1. April d. J. für diese Arbeiter die achtstündige Schicht eingeführt ist. Zurzeit beschäftigt sich das Arbeitsministerium eifrig mit der Vorbereitung für eine endgültige Arbeitszeitgesetzgebung. Wie legen Wert darauf, alles geheimhaft in unserer Gesetzesabhandlung festzuhalten, ehe wir uns die Möglichkeit einer Ratifizierung des Washingtoner Abkommens hoffen. Die deutsche Regierung hat das Ziel ernstlich im Auge, und Deutschland ist bereit, alles zu tun was der Förderung der großen Aufgaben, die dieser internationale Arbeitsorganisation gesetzt sind, der Verbesserung des Loses der Arbeiterschaft der Welt, dienen kann.

**Deutsch-französische Verhandlungen in Düsseldorf.**  
Berlin, 25. Mai. Die privatrechtlichen Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie sind, wie die Blätter melden, gestern in Düsseldorf wieder aufgenommen worden.

**Deutschland gegen den Saarvertrag.**  
Genf, 25. Mai. Der deutsche Delegierte v. Schärdt sante heute in der Militätkommission für die Waffenlieferungen, dass Deutschland bereit sei, eine Konvention zur Unterbindung der chemischen Kriegsführung zu unterzeichnen. Diese Erklärung rief in Konferenzkreisen begeistertweise großes Aufsehen hervor.

## Um den spanischen Handelsvertrag.

Berlin, 26. Mai. Die Zentrumspartei des Reichstages beschäftigte sich gestern wie S. C. berichtet, in einer Sitzung mit dem deutsch-spanischen Handelsvertrag und der Rölltarifvorlage. An der Sitzung nahmen der Reichstagspräsident Dr. Dutcher und der Reichsausßenminister Dr. Stresemann teil, die sich zu dem Handelsvertrag äußerten. Es kam zum Ausdruck, dass die Stellungnahme des Zentrums zu dem Handelsvertrag von der Entscheidung der Deutschen Nationalen abhängig gemacht werden soll. Im Anschluss an die Sitzung des Zentrums verhandelten Dr. Dutcher und Dr. Stresemann mit der Deutschen Nationalen Reichstagsfraktion. Wie das Blatt erfahren haben will, soll wenn bis Mittwoch keine Einigung zustande kommt, noch einmal der Weg der Verhandlung beschritten werden.

## Freilassung Henri Barretos gegen 10000 Mark Kaufland.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst von zuständiger Stelle erklärt, hat der Untersuchungsrichter auf die Vorstellungen der Verteidiger unter Aufsichtserhaltung des Haftbefehls die Freilassung des Henri Barretat gegen Leistung einer Sicherheit von 10000 Mark angeordnet.

## Frankreichs Marokkokrieg.

Bürokratische französische Posten.

Paris, 25. Mai. Wie eine im „Temps“ veröffentlichte Meldung besagt, sollen französische Posten im Tonat und in Mulah-Ain, die durch die Milizen bedroht werden, zurückgeworfen werden. Als Grund hierfür wird in der Meldung angegeben, dass die ständige Versorgung dieser Posten mit Munition und Versorgungsmitteln die französischen Abteilungen in ihrer Unionsfreiheit behindert hätte. Die Gruppe Tambrach habe Versicherungen erhalten, die sie in den Stand setzten werde, der Bedrohung der Verbindungswege aus Algerien, die der Feind abschnellen sucht, wirkungsvoll entgegenzutreten.

## Franko-spanische Allianz.

Madrid, 25. Mai. In den Verhandlungen Waldecks in Madrid schreibt „El Debate“ unter der Überschrift „Offenes und aufrichtiges Einvernehmen zwischen Spanien und Frankreich?“: Eine spanisch-französische Zusammenarbeit in Marokko ist heute notwendig, um den gemeinsamen Feind zu bekämpfen.

## Unzufriedenheit der Linken.

Paris, 25. Mai. Die Verhandlung der Interpellation über die Ereignisse in Marokko ist auf den Wunsch des sozialistischen Kammerfraktionen zurückzuführen, die vor Verhandlung der Interpellationen mit den zum Kartell der Linken gehörenden Gruppen beraten will, um zur Abschluss einer gemeinsamen Tagessordnung zu gelangen. Eine Delegation der sozialistischen Kammerfraktion hat heute vormittag mit Bainville verhandelt, der im Einverständnis mit den übrigen Parteien der Regierungsmehrheit der Verhandlung zugestimmt hat. Außerdem soll der Abg. Waldech, der aus Madrid zurückgekehrt ist, erklärt haben, es sei wünschenswert, die Debatte um ein oder zwei Tage aufzuschieben, damit es der Regierung ermöglicht werde, im Verlaufe der Interpellationsdebatte über das Ergebnis der von ihm eingelegten Verhandlungen zu berichten. Die radikale Linke, die Fraktion Louchard, beabsichtigt, inhaltlich eine Tagessordnung einzubringen, durch die das Vorgehen der Regierung in Marokko genehmigt werden soll. Man nimmt an, dass die Abgeordneten zum Kartell der Linken gehörenden Fraktionen den Wortlaut der Tagessordnung Louchard annehmen werden.

## Das Erdbeben in Japan.

Auf Grund amtlicher Feststellungen sind in den letzten Tagen in den vom Erdbeben heimgesuchten Gebieten Japans 25 Erdstöße festgestellt worden, die schätzungsweise einen Gesamtschaden von 85 Millionen Dollar verursacht haben. Die Zahl der Toten und der Verletzten in den Städten Tokio und Kinosaki und in den angrenzenden Dörfern beträgt 528 bestw. 1032, die Zahl der einschlüssig brennenden Häuser beläuft sich auf 1984, die der niedergebrannten auf 8850.

Viele Tausende sind obdachlos, aber die Gefahr einer Hungersnot ist durch das reichhaltige Eintreffen von Lebensmitteln und durch große Stiftungen gebannt, an denen auch der Kaiser und die Stadt Tokio mit namhaften Beträgen beteiligt sind. Nach soeben eingetroffenen Meldungen ist das heimgesuchte Gebiet abermals von drei neuen Erdstößen betroffen worden, die bis Tokio wegfürten, ohne hier aber Schaden anzurichten. Es herrscht in Tokio eine ungeheure Aufruhr. Die Leute beherrschen die Straßen, da sie eine Katastrophe befürchten, ähnlich der vorjährigen. Die Dörfer sind überfüllt, die Steinhäuser werden gemieden, da die Bewohner fürchten, unter den Steinmassen begraben zu werden. Die Regierung hat Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung getroffen. Falls sich neue Erdbeben ereignen, wird in welchen Teilen Japans der Belagerungszustand verhängt werden.

**Vor einem Verkehrskreis in Berlin?** In den letzten Tagen haben im Berliner Verkehrsgewerbe Verhandlungen über eine Erhöhung der Löhne stattgefunden, die ergebnislos verlaufen sind. Die heute nach erfolgte Verhandlung der Angestellten bei Omnibusgesellschaft lädt befürchten, dass Berlin ein tristes Bild ergeben soll, da auch die Angestellten der anderen Verkehrszweige im Falle eines Streikschlusses Vollhardt eben dastehen. Um so mehr ist zu fordern, dass die öffentlichen Schiedsinstanzen und auch der Magistrat Berlin mit aller Kraft darauf hinweisen, dass der Stadtbetrieb erwartet bleibt, die in Anbetracht der Rekurrenz doppelt schwer sein und von keiner Seite verantwortet werden kann.

## Aus Stadt und Land.

Wien, 26. Mai 1926.

### Gesetzliche Stadtverordnetenversammlung

vom 26. Mai 1926.

Herr Bürgermeister Hofmann eröffnete um 5 Uhr 10 Minuten und ergriff zur Tagessordnung. Genehmigung des Haushaltplanes für das Rechnungsjahr 1926/27 vom 1. April 1926 bis 31. März 1927, das Wort.

Er führte aus, dass der Haushaltplan im neuen Gewande vorgelegt werde. Neuerste Sparanstrengungen seien die Richtlinien, Trotzdem ergebe sich ein Fehlbetrag von 100 000 Mark, den man jedoch in Abetracht der Aussichten auf Überquerung der Gemeindesteuern zu bedenken habe. Gehe die Reichsregierung nicht auf die Forderungen der Länder und Gemeinden ein, so seien genügend Rücklagen für außerordentliche Fälle vorhanden, die dann zur Deduktion herangezogen werden müssten. Von einer Staatsaufstellung der wirtschaftlichen Unternehmen (Gastwert, Elektrizitätswert und Wasserwert) sei diesmal abgesehen worden, da derartige Rechnungsaufstellungen lediglich Vermutungen darstellen. Er kam dann auf die Wohnungsbautätigkeit zu sprechen und verglich den Wiener Wohnungsbau, der als vorbildlich angesehen werde, mit dem unseres Stadts. Es zeigte sich, dass wie im Verhältnis bedeutend mehr Wohnungen gebaut haben.

In Abetracht des großen Umfangs des Haushaltplanes wird in eine allgemeine Aussprache eingetreten, die keine wesentlich neuen Gesichtspunkte ergibt. Stadts. Lorenz, hätte eine Balancierung des Haushaltplanes für gegeben angegeben. Außerdem kommt er auf die Staatsaufstellung der wirtschaftlichen Unternehmen zu sprechen. Bürgermeister Hofmann erwidert im obigen Sinne.

Neben gegenstandslosen Anträgen und verschiedenen Anregungen werden dann die Rechnungen genehmigt.

### Hauptabschluss.

Rechnung	Einnahme RM	Ausgabe RM	Buschuß RM	Über-bleib- RM
Abschnitt A: Hauptverwaltung.				
Hauptverwaltung	60150	209550	149700	—
Sonstige Amtier	10000	46800	36800	—
Abschnitt B: Polizeiverwaltung.				
Sicherheits-, Gewerbe-, Wohnungs-, Gesundheits-, Markt- und Baupolizei	23870	81570	57500	—
Abschnitt C: Bauverwaltung.				
Hoch- und Tiefbau	181000	332925	151925	—
Öffentl. Beleuchtung	2000	20500	18500	—
Abschnitt D: Betriebe und Unternehmungen.				
Stadtport, Bieranlag., Gärtnerei	50	7950	7900	—
Speiseanstalt	13610	18610	5000	—
Freibad	4450	4450	—	—
Wannenbad	4905	5205	300	—
Feuerlöschwesen	4100	10850	6700	—
Gaswerk	90000	—	—	90000
Elektrizität-Betreibung	60000	—	—	60000
Wasserwerk	—	—	—	—
Schlachthof	—	—	—	—
Stadtgiebel	—	—	—	—
Sport- und Girokasse	—	—	—	—
Öffentl. Anstaltsgeschen	2300	650	—	1650
Steinbruch und Sandgrube	800	700	—	100
Abschnitt E: Schulen.				
Volksschule mit Hörschule	17650	130150	112500	—
Berufsschule für Knaben	830	8330	7500	—
Mädchen	2090	12290	10200	—
Obere Realschule	87900	189700	101800	—
Handelschule	48500	88100	39600	—
Gewerbeschule	44200	56900	14700	—
Röpke-Schule	2050	2850	800	—
Beitrag an nichtöffentl. Schulen	—	11000	11000	—
Abschnitt F: Kunst und Wissenschaft.				
Kunst und Wissenschaft	100	11100	11000	—
Abschnitt G: Wohlfahrtspflege.				
Kindergeamt	127200	265425	138225	—
Wohlfahrtspflege	6900	30150	22250	—
Stadtkrankenhaus	8950	11450	2500	—
Jugendamt	4800	26200	21400	—
Arbeitsamt	—	8000	8000	—
Bewohnerwesen	1100	24100	23000	—
Abschnitt H: Finanzverwaltung.				
Kapitalzuflüsse	3300	—	—	3300
Finanzierung künftiger Aufgaben u. sonst finanzielle Leistungen	—	102000	102000	—
Schuldenentlastung und Schuldenverzinsung	28000	93000	65000	—
Stiftungen	—	—	—	—
Grundstücksverwaltung:				
a) Grundstücks öffentl. Zwecke	106247	56247	—	50000
b) Städte Wohnhäuser	43400	43400	—	—
c) Grundstücksvermögen	154955	154955	—	—
Bewohnte Städte zu bestimmten Zwecken	272360	272360	—	—
Steuern und Abgaben	1091000	250000	—	841000
Betriebsvermögen	—	19200	19200	—
Angedrehter Gehaltbetrag	100000	—	—	100000
	2608767	2608767	1146050	1146050

**Fabrikbrand.** Gestern Abend gegen 11 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Fabrikgebäude der Firma Simpler-Werke, Albert Beumann, Bahnhofstraße 48, gerufen. Dort brannte der erste, alte, schmale Bau, an den sich das größere neuere Gebäude anschloss.

**Ueber die Entzündungsursache**  
erfahren wir: Am Erdgeschoss eines Nebengebäudes stand ein Porzellschmelzofen, dessen Rohre, die an der Decke entlang führten, gestern nachmittag in Flut gerieten. Sofort wurde das Gebäude ausgeleuchtet und die Decke untersucht. Die Untersuchung verlief ergebnislos. Trotzdem wurde durch Unterschieden einer älteren Platte die Deckenbalustrade zerstört. Gestern Abend bemerkte der amwesende Heizer Rauchentzündung und funktionierte an der gefährdeten Stelle. Er lief in die nebenan befindliche Kleiderablage und schlüttete mit einem Waschbecken Wasser an die Decke. Dann versuchte er die Herberghuohlen und telephoniert vom Bahnhof aus nach der Polizeiwache. Das Feuer hatte unterdessen die Decke durchbrannt. Ueber dem Erdgeschoss befindet sich die Tischlerei, die den Glämmen reichlich Nahrung bot, sodass in Winde Zelle auch der nächste Stock in Mitleidenschaft gezogen wurde.</p